

Diskussionspapier der Fachstelle Demokratieförderung im Übergangssystem: Demokratieförderung im Übergangssystem – eine Annäherung

Was bedeutet Demokratieförderung?

Unter Demokratieförderung verstehen wir den Ausbau sowie die Stärkung demokratischer Strukturen, Verhältnisse und Haltungen in allen Bereichen der Gesellschaft. Darunter fällt zum einen die Auseinandersetzung mit demokratischen Verfahren, Regeln und Institutionen. Zum anderen geht es aber auch darum, auf individueller Ebene demokratisches Denken und Handeln zu fördern. Das beinhaltet die Stärkung und Förderung individueller Gestaltungsmöglichkeiten sowie eine Stärkung demokratischer Kommunikationsformen und Entscheidungsprozesse. Aber dazu gehört auch eine Auseinandersetzung mit den strukturellen Bedingungen und individuellen Haltungen, die Demokratie gefährden, wie Diskriminierungen, Ausgrenzung, Rassismen, Antisemitismus, Sexismen usw.

Demokratieförderung muss deshalb immer ein Nachdenken über das Verhältnis von strukturellen Bedingungen und individuellen Haltungen zur Demokratie beinhalten. Also Wissen und Werkzeuge vermitteln, Erfahrungen ermöglichen und Zugänge eröffnen, damit das demokratische Miteinander gleichermaßen als Bestandteil des privaten und öffentlichen Lebens verstanden und gelebt werden kann.

Wie kann das funktionieren?

Angebote und Ansätze in diesem Feld müssen vielfältig und mehrdimensional gedacht werden. Demokratieförderung will zum einen eine Verbesserung von Zugängen und Beteiligungsmöglichkeiten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen eröffnen und setzt zum anderen auch an der Auseinandersetzung über Normen, Werte und Haltungen an. Beide Bereiche sind Grundlagen eines demokratischen Bewusstseins und Handelns. Das bedeutet, dass Demokratieförderung sowohl die Betrachtung von und Arbeit an Strukturen als auch individuelle Reflexions- und Bildungsprozesse anstrebt. Und sowohl auf der individuellen als auch der strukturellen Ebene ansetzt.

Was kann Demokratieförderung in der beruflichen Bildung insb. Im Übergangssystem sein?

In den unterschiedlichen Handlungsfeldern im Übergangssystem – also Verwaltung, Agenturen für Arbeit, Berufsschulen, Maßnahmenträger usw. – gibt es jeweils spezifische Entscheidungsstrukturen, Handlungslogiken und Selbstverständnisse. Daraus leiten sich mit Blick auf die Stärkung demokratischer Strukturen diverse Aufgaben zur Förderung eines Demokratieverständnisses, eines Zugangs zu Mitbestimmungsstrukturen, einer demokratischen Alltagskultur und demokratischer Haltungen und Handlungen ab. Auch hierbei müssen die Lebensrealitäten, Bedarfe und Interessen der unterschiedlichen Akteur*innen einbezogen und adressiert werden.

Wie können Zugänge zur Gesellschaft über Erwerbstätigkeit geschaffen werden? Was haben Fragen von Gleichberechtigung und Gerechtigkeit mit dem Übergangssystem und der Demokratie zu tun? Wie können demokratische Spielregeln erlernt, erprobt und verstetigt werden?

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch die



Themen können sein:

- Auseinandersetzung mit Rechten und Pflichten
- Förderung demokratischer Kommunikations- und Entscheidungsprozesse
- Verbesserung der Wahrnehmungen und Wertschätzung demokratischer Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten

Für die Arbeit im Feld der beruflichen Bildung, sowie insbesondere im Übergangssystem, bedarf es Ansätzen, die den Prozesscharakter demokratischer Aushandlungen, die kritische Reflexion der jeweiligen konkreten Strukturen und Bedarfe vor Ort in den Mittelpunkt rücken. Deshalb braucht es u. a. auf pädagogischer, politischer und administrativer Ebene Zugänge, um Vorstellungen, Grundlagen und Verfahren besserer demokratischer Praxen zu entwickeln. Dazu bedarf es der Überprüfung der strukturellen Bedingungen, der Klärung der konkreten Rahmenbedingungen vor Ort und Ideen, um ggf. neue, zusätzliche Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Wer sollte einbezogen werden?

- Möglichst unterschiedliche Personen aus einer Schule, einem Ausbildungsbetrieb oder einem Maßnahmenträger: Auszubildende, Schüler*innen ebenso wie Lehrpersonal, Ausbilder*innen, Sozialarbeiter*innen, Verwaltung usw.
- Aber auch Entscheider*innen aus der Agentur für Arbeit, der Schulverwaltung, dem Jugendsozialdienst usw.

Warum?

Damit möglichst viele unterschiedliche Perspektiven und Interessen berücksichtigt werden können. So können demokratische Haltungen, Überzeugungen und Verhaltensweisen nachhaltig gestärkt und ausgebaut werden.

Im Sinne des Demokratielernens müssen lebensweltliche praktische Erfahrungen der eigenen Wirkungsmacht und der gelebten demokratischen Praxis ermöglicht werden. Dadurch können sowohl neue Handlungsräume für die Einzelnen entstehen als auch demokratische Strukturen im Übergangssystem als Ganzes gefördert werden.